



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutschland und Dänemark.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Hartshörner und alle Trompeter fielen ein. Sowie sie geendet hatten, rief der Schildknaube des Proclamators mit lauter Stimme:

„Schwygent und losent allesammt,
„Damit man komm' zum Anefang!

Darauf ergriff der Fähdrieh das Wort und verlangte Aufmerksamkeit für seinen Herrn den Proclamator.

Dieser nahm darauf den Helm ab, ritt ein wenig am Plaze umher,kehrte sich gen Himmel und sprach endlich mit entblößtem Haupte ein Gebet.

Damit war die Einleitung, der sog. Umgang, geschlossen und das Spiel nahm nun seinen Verlauf, der aus dem oben mitgetheilten Scenarium ersichtlich ist.

Noch gestatten wir uns zum Schluß die Bemerkung, daß weder der Text des Spieles, der freilich nur zur Hälfte erhalten ist, noch die darüber vorhandenen neun Folianten Acten die geringste Spur der heute in Luzern so mächtig herrschenden französischen Sprache zeigen.

Dr. Franz Leibing.

Deutschland und Dänemark.

Die neuliche officiöse Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß Preußen sich mit Dänemark über die Rückabtretung eines Theils von Nordschleswig in Gemäßheit des Artikels V des Prager Friedens nicht zu verständigen vermöge, wird als der Abschluß des diplomatischen Feldzugs anzusehen sein, den General Fleury's Eröffnungen in St. Petersburg zu Gunsten Dänemarks begonnen. Die Frage zählt sonst zu denjenigen, in welcher ein Diplomat des Schweigens Gold dem Silber der Rede vorzuziehen pflegt. Indes soll die officiöse Erklärung wahrscheinlich bedeuten: das neue französische Cabinet will sich über Nordschleswig jetzt ebensowenig aussprechen, wie seine Vorgänger, und der zum Unterhändler avancirte kaiserliche Stallmeister ist in der That von seinem Chef corrigirt worden.

Das ministerielle Berliner Blatt nahm allerdings eine andere Veranlassung zum Vorwande. Es berief sich auf gewisse vertrauliche Aufschlüsse, mit denen der dänische Kriegs- und Marineminister General Kaaslöff die Reichstagsmitglieder bestimmt hat, eine veränderte Art der Landesverteidigung gutzuheißen. Bei der Kürze der Andeutung wird manchem deutschen Leser muthmaßlich dunkel geblieben sein, was der dänische Koon — so darf man General Kaaslöff wohl nennen — eigentlich gesagt und durchgesetzt hat. eine kleine Nachlese aus den Ausplaudereien dänischer Blätter möchte daher am Orte sein. Der Minister, der sich großen und allgemeinen Zutrauens sowohl in seine fachmäßige Tüchtigkeit als in seinen Patriotismus und poli-

tischen Vorstand erfreut, versammelte vor einigen Wochen eines Tags sämtliche Volksvertreter privatim, um ihnen die Motive auseinanderzusetzen, welche ihm ein völlig verändertes Wehrsystem als ein unausschiebbares Gebot der Zeit erscheinen ließen. Nicht alles natürlich, das in so beschaffener Zusammenkunft angeführt werden konnte, hat nachgehend seinen Weg in eine zwar immer zur Kritik sehr aufgelegte, aber doch auch entschieden patriotische Presse gefunden. Zumal was General Raaslöff etwa nach diplomatischen Berichten entweder über Frankreichs oder Rußlands, als der eventuellen zukünftigen Bundesgenossen, gute Rathschläge oder über Preußens böse Absichten angedeutet haben mag, ist unenthüllt geblieben. Aber er hat jedenfalls auch hingewiesen auf den statlichen Zuwachs der norddeutschen Marine an Panzerschiffen. Daß in dieser Hinsicht Dänemark den Wettlauf schon finanziell nicht auszuhalten im Stande sei, wird ihm leicht geworden sein, den des Landes Steuerkraft vertretenden Hörern begreiflich zu machen. Die praktischen Konsequenzen freilich, die er daraus zog, gingen weit. Er schloß ungefähr so: folglich muß Dänemark die alte Marine fahren lassen, seinen Stand gegen Deutschland durch Ueberlegenheit zur See behaupten zu wollen. Es muß sie fahren lassen wegen der Unmöglichkeit, mit dem norddeutschen Bunde fortan noch gleichen Schritt zu halten, und es kann sie fahren lassen, weil der nächste Krieg uns voraussichtlich an der Seite einer Macht wird kämpfen sehen, deren Flotte der preußischen mehr als gewachsen ist. Dagegen könne das an der Flotte gesparte Geld sehr passend auf Verstärkung des Landheers verwendet werden, dessen Operiren in Preußens nördlicher Flanke für den eigentlichen Kriegsschauplatz die werthvollste Diverfion sein würde.

Als Kriegs- und Marine-Minister konnte General Raaslöff dieses neue Programm mit ungewöhnlicher Wirkung entwickeln. Trotzdem ist derselbe keineswegs ohne bedeutsamen Einspruch geblieben; insbesondere hat Admiral Steen Bille zur Befriedigung der tonangebenden hauptstädtischen Blätter dargethan, daß soviel maritime Streitkraft nothwendig zu erhalten sei, wie zur zeitweisen Vertheidigung des Großen Belts, d. h. Seelands und der Stadt Kopenhagen gegen Uebergangsversuche vom Ostlande her gehörten. Inwieweit demnach jenes Program consequent verfolgt werden wird, kann erst die Folgezeit lehren. — Die feierliche Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ist schwerlich durch dasselbe hervorgerufen worden. Denn es enthüllt schlechterdings keine bisher verschleierte Gesinnung, sondern gibt nur eine Veränderung der Ansichten über die besten Mittel kund, sich ferner gegen Deutschlands Feindschaft zu behaupten.

Allein die Feindschaft — gibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu verstehen, — ist nur in Kopenhagen zu Hause. In Berlin denkt man nicht daran, die Dänen mit Krieg zu überziehen; es sei denn daß eine allgemeine europäische Verwickelung einträte, in welcher sie sich auf die Seite unserer

Feinde stellen, oder wenigstens den dringenden Verdacht erwecken, dies unter gewissen Umständen thun zu wollen. Die Kopenhagener Presse erklärt mit dem Accent der Aufrichtigkeit, an solche Mäßigung nicht zu glauben. Preußens Machtstreben und Deutschlands Culturmission — fragt sie mit bitterm Hohne, — haben sie nicht hundertmal auß deutlichste zu erkennen gegeben, daß sie an der Königsau nicht stehn bleiben können? Es ist schwer von deutscher Seite dieser Behauptung zu widersprechen, wenn im Anschluß an den nämlichen diplomatischen Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der alle Gelüste auf den Rest der dänischen Lande, das eigentliche Dänemark bestritt, der bekannte Waage-Correspondent der Weserzeitung sich zu der Versicherung hinreißen läßt, die Dänen würden nicht eher ruhen, als bis man sie sammt und sonders in den großen Saß der preußischen Eroberungen geschoben habe. Allerdings nicht ungereizt hat dieser sonst ziemlich leidenschaftlose, contemplativ gestimmte, witzige Journalist sein Ceterum censeo gegen das moderne Carthago am Sunde geschleudert. Ihn verdroß das böshafte Amendement des dänischgesinnten Nordschleswigers Krüger zu einem Paragraphen des norddeutschen Strafgesetzbuches, wonach die Anrufung der göttlichen Dreieinigkeit in internationalen Verträgen ohne loyale Absicht der Erfüllung unter Strafe gestellt werden sollte; und in der That, zu einem dümmern Streiche hat blinder Fanatismus nicht leicht einen Mann verleitet, vorausgesetzt, daß der ehrsame Mühlenbesitzer von Bestoft hier nicht selbst die Beute eines ruchlosen Spatzvogels geworden ist, wie man aus gewissen Correspondenzen, welche Vaterfreude zu verrathen schienen, beinahe schließen möchte. Sei dem aber, wie ihm wolle: wer wird sich durch die Ungezogenheit eines Einzelnen herausfordern lassen, einer ganzen Nation die selbständige Existenz abzuspochen?

Wir müssen dagegen protestiren, daß hiermit die in Deutschland herrschende Gesinnung zu Tage getreten sei, und soviel an uns ist, in vollster Aufrichtigkeit der Versicherung des ministeriellen preußischen Blattes beipflichten, daß es die Deutschen durchaus nicht nach Land und Freiheit der Dänen gelüstet. Die Tage der willkürlichen Eroberungspolitik sind vorüber. Wir bedanken uns dafür, noch mehr widerstrebende anderszüngige Bestandtheile in unseren Reichsverband aufzunehmen; wir haben an den jetzigen gerade genug. Wenn wir je sorgenvolle Blicke über die gegenwärtige nationale Grenze hinausweisen lassen, so ist es zu Gunsten von Stammes- und Sprachgenossen, welche ein barbarischer Despotismus im Bunde mit feindlichen Nationalitäten unterdrückt hält. Den Dänen gegenüber haben wir uns im Vollgefühl der gesicherten Machtstellung Deutschland's nach gerade von den bitteren Gefühlen befreit, welche uns früher mehr noch unsere politische Schwäche als ihr Uebermuth, das natürliche Product derselben, einflößte; und wir gönnen ihnen nicht allein alles, was ihnen gehört, sondern würden uns gern über die zwischen uns noch schwebende delicate Frage mit ihnen verständigen. Dazu treibt uns schon der wohlbegründete Wunsch, nach Nordosten hin eine klare und besetzte Position zu gewinnen, welche uns in den Stand setzt, den etwa drohenden Verwicklungen der Zukunft mit voller Ruhe und Zuversicht entgegenzusehen. Es bedarf allerdings noch der Erfüllung einiger nicht füglich zu erzwingender Voraussetzungen, bevor die nordschleswigsche

Frage gütlich gelöst werden kann. Einen ernstlichen Lösungsversuch zu machen ohne die begründete Aussicht, damit aus Dänemark und dem scandinavischen Norden einen zufriedenen, freundlichen Nachbar zu machen — darin müssen wir dem Organe des Grafen Bismarck beipflichten — wäre bei der berechneten Weite der Vorschriften des Prager Friedens eine Gedankenlosigkeit, wie sie dem Geschäftsführer eines großen Volks nicht erlaubt sein kann.

Die officiöse Presse und die nationale Partei.

Der Streit, welcher in diesen Wochen zwischen der Presse des Bundeskanzlers und Blättern der nationalen Partei geführt wurde, hat, wie zu hoffen, den Deutschen keine ernste Sorge gemacht. Die Methode, nach welcher die Federn des Grafen Bismarck in den Zeitungen und der Bundeskanzler selbst im Reichstage die nationale Partei zu behandeln pflegen, ist nicht mehr neu, weder die Sprache hochachtungsvollen Unwillens, welche die schmeichelhafte Perspektive nicht ausschließt, daß die Herren von der nationalen Partei wohl dereinst die Ministerstühle einnehmen werden; noch die geringschätzige Versicherung, daß die Regierung auf das Zusammenwirken mit so unzuverlässigen Bundesgenossen verzichten wolle. In Wahrheit scheinen uns die Angelegenheiten des Bundes jetzt so zu stehen, daß der Bundeskanzler für die nächste Zukunft das kräftige Zusammenwirken mit den Nationalen, wie unbequem ihm dasselbe sein mag, weniger wird entbehren können, als seither. Die Schwierigkeiten für Fortentwicklung des Bundes sind unläugbar größer geworden, die Maschinerie des Reichstages hat unter den übergroßen Zumuthungen gelitten, und es ist eben so sehr ein Fehler in der Geschäftsbehandlung durch die hohe Versammlung, welche das Gefühl überarbeitet zu sein, hervorgerufen hat, als die starken Zumuthungen, welche durch die Regierung an die politischen Vertreter der Nation gestellt worden sind. Unterdeß ist der Wechsel in den Ministerien von Baiern und Württemberg für die Bundesregierung eine ernste Mahnung, daß ihre Politik gegen den Süden doch wohl nicht die möglichst beste gewesen sei. Denn was seit zwei Jahren zu befürchten war, ist eingetreten, die preußische Diplomatie hat dort an Einfluß verloren und vergebens wird in Berlin den Intriguen des Grafen Beust zugeschrieben, was nur die Folge der Isolirung und souveränen Selbstherrlichkeit war, in welcher man die Königreiche des Südens gelassen. Und dabei kam dem norddeutschen Bunde noch zu Gute, daß die innern Verhältnisse Oesterreichs auf die Südstaaten mehr abschreckend als anziehend wirken mußten, die österreichischen Versuchsversuche des Grafen Beust haben immer noch mehr für Conservirung unserer Interessen in Baiern und Württemberg gearbeitet, als wir selbst. Und wenn wir uns aus achtungsvoller Ferne ein Urtheil über die Gedanken des Grafen Bismarck gestatten dürfen, so ist derselbe gerade jetzt in der Lage, auf ein neues Mittel zu sinnen, durch welches er in seiner Weise allen Gewalten, mit denen er zu rechnen pflegt, eine gewisse Steigerung der Spannkraft zutheilen könnte. Doch was er auch erfundet, es würde sich ebenso wie frühere Hoffnungen auf das Zollparlament und auf